"Das Ergebnis schmerzt. Berlin und Brandenburg müssen mehr tun, um den Rückstand aufzuholen."

15.08.19

"Das Ergebnis schmerzt. Berlin und Brandenburg müssen mehr tun, um den Rückstand aufzuholen."

Zum Bildungsmonitor 2019 **für Berlin und Brandenburg, ermittelt im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):**

„Berlin und Brandenburg haben sich im Vergleich aller Bundesländer wieder verschlechtert und sind nun die Schlusslichter. Das schmerzt. Beide Landesregierungen müssen ihre Anstrengungen deutlich verstärken, um den Rückstand zu anderen Bundesländern aufzuholen. Mehrere Länder haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass das möglich ist. Die Wirtschaft ist auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte dringend angewiesen, damit sich der Fachkräftemangel nicht weiter verschärft.

In **Berlin** fällt die große Diskrepanz zwischen den herausragenden und vielfach ausgezeichneten Hochschulen und dem unterdurchschnittlichen Schulsystem auf. Die hohe Zahl der Schulabbrecher ist alarmierend. Schüler mit Migrationshintergrund sind hier besonders stark vertreten. Eine systematische Sprachförderung, beginnend in der Kita, ist ein wichtiger Schlüssel, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

An fehlendem Geld kann es nicht liegen: Kein Bundesland gibt mit 9.200 Euro je Schüler mehr Geld

für die Schulbildung aus als Berlin. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 7.100 Euro. Umso bemerkenswerter ist es, dass es der Hauptstadt nicht gelingt, die Qualität des Schulsystems deutlich zu verbessern. Das ist eine große Aufgabe für die neue Qualitätskommission, die Bildungssenatorin Sandra Scheeres gerade eingesetzt hat.

Brandenburg muss vor allem im Hochschulbereich handeln. Es gibt zu wenige Absolventen und zu wenig Spitzenforschung, insbesondere in den MINT-Fächern. Gut schneidet das Land bei der Vermeidung von Bildungsarmut und bei der Internationalisierung ab. Zwar kann Brandenburg einen überdurchschnittlich hohen Anteil an erfolgreichen Absolventen von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen vorweisen.

Der Schwerpunkt sollte aber bei der betrieblichen Ausbildung liegen. Aktuell können die Unternehmen fast 30 Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen. Um bei der Bildung insgesamt zum Durchschnitt der Bundesländer aufzuschließen, muss Brandenburg die berufliche Ausbildung stärken sowie die akademische IT-Ausbildung verbessern. Außerdem sind die Hochschulen gefragt, ihre Forschung zu intensivieren.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken

- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Schul- und Hochschulpolitik

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Weickert [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF